

Politischer Wille entscheidet über Bildungschancen

Caritas stellt Studie über Bildungschancen vor Ort vor

In Nordrhein-Westfalen verlassen 6,5 Prozent der Jugendlichen die Schule ohne Hauptschulabschluss. Damit liegt die Quote zwar knapp unter dem Bundesdurchschnitt von rund sieben Prozent, sie weist örtlich jedoch deutliche Unterschiede auf. So hatte die Stadt Gelsenkirchen 2009 die höchste Zahl an Abgängern ohne Abschluss: fast 11,4 Prozent, gefolgt vom Märkischen Kreis mit 9,75 Prozent.

Um den Ursachen auf die Spur zu kommen, die für die Zahl an Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss verantwortlich sind, hat der Deutsche Caritasverband in Zusammenarbeit mit dem Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung die Studie „Bildungschancen vor Ort“ durchgeführt. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass vielerorts ein signifikanter Zusammenhang zwischen der Quote der Abgänger ohne Hauptschulabschluss und den sozioökonomischen Gegebenheiten (u. a. Arbeitslosenquote) besteht. In der Studie wurde zudem untersucht, wie es gelingen kann, Schüler vor Ort zu unterstützen. Erfolgsfaktoren sind danach handfeste Unterstützungsleistungen der Kommune und die gute Vernetzung der Akteure vor Ort.

Dr. Frank Johannes Hensel, Diözesan-Caritasdirektor für das Erzbistum Köln: „Entscheidend ist vor allem der politische Wille

zur Förderung benachteiligter Kinder und Jugendlicher, dann folgen dem Willen auch die Mittel und die Akteure.“ Es sei „unumstritten, dass in den ersten Lebensjahren wichtige Voraussetzungen für die Lern- und Bildungsprozesse junger Menschen geschaffen werden“, betont Hensel. Ein Beispiel: Der Besuch einer Kindertagesstätte hat positive Auswirkungen auf die Bildungsbiografie gerade von sozial benachteiligten Kindern.

In Köln etwa verließen 2009 knapp sechs Prozent der Jugendlichen die Schule ohne Hauptschulabschluss – die Arbeitslosigkeit lag hier bei 10,6 Prozent. In Wuppertal hatten 12,5 Prozent der Bewohner keine Arbeit, auch die Quote der Schulabgänger war hier höher, sie betrug 8,4 Prozent. Darüber hinaus ist die Zahl der Förderschüler in Wuppertal höher als im NRW-Durchschnitt. Ähnlich in Dortmund: Dort liegt die Quote der Schüler ohne Abschluss bei 9,74 Prozent. Dortmund weist auch eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquote von 13,2 Prozent auf.

„Keinen nachweisbaren Einfluss auf den Schulabgang ohne Hauptschulabschluss haben dagegen die Pro-Kopf-Verschuldung der Kommunen und Stadt-Land-Unterschiede“, sagte Caritas-Generalsekretär Georg Cremer bei der Vorstellung der Studie in Berlin. Somit können auch hoch verschuldete Kommunen ihren Beitrag dazu leisten, dass Schüler einen Schulabschluss erreichen.

Hinweis: Die Daten der Studie für jedes Bundesland, jeden Kreis und jede kreisfreie Stadt auf einer interaktiven Landkarte: www.caritas.de/bildungschancen ◀

Praxisgebühr abschaffen

Die Caritas in NRW setzt sich für die sofortige Abschaffung der Praxisgebühr „wenigstens für die Empfänger von Arbeitslosengeld II und Grundsicherung“ ein. In einem Schreiben an die Bundestagsabgeordneten bitten die Direktoren der Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn diese, das Anliegen zu unterstützen.

Die „erhoffte Steuerungswirkung der Praxisgebühr“ sei nicht eingetreten, heißt es in dem Schreiben an die Abgeordneten. Stattdessen registrierte die Caritas „eine negative Steuerung auf Kosten derer, die armutsbedingt sowieso schon gesundheitlich schlechter dran sind“. Verwiesen wird dabei auf Studien der Krankenkassen, wonach entgegen aller ursprünglichen Intention nur Patienten mit niedrigem Einkommen Arztbesuche in nennenswertem Umfang vermeiden. Chronisch kranke Menschen aus den unteren Einkommensschichten verschoben notwendige Arztbesuche sogar rund zweieinhalbmal häufiger als chronisch Kranke aus höheren Schichten der Gesellschaft. Erfahrungen aus den Beratungsstellen der Caritas in ganz Nordrhein-Westfalen zeigten deutlich, dass sozial Benachteiligte überdurchschnittlich sowohl an akuten als auch an chronischen Erkrankungen leiden. „Sie sind auf rechtzeitige Arztbesuche bzw. Krankenhausaufenthalte ganz besonders angewiesen und werden gleichzeitig durch Praxisgebühr und Zuzahlungsregelungen als einkommensschwache Haushalte mehr belastet als andere Bevölkerungsgruppen“, kritisieren die Caritasverbände. ◀



„Caritas in NRW – AKTUELL“
ist der Informationsdienst der Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn.

Er erscheint sechsmal im Jahr.

Zu bestellen bei:

Caritas in NRW

Redaktion

Lindenstraße 178

40233 Düsseldorf

Telefon: 02 11/51 60 66 20

Telefax: 02 11/51 60 66 25

E-Mail: redaktion@caritas-nrw.de

Bestellungen auch über die Pressestellen der nordrhein-westfälischen Diözesan-Caritasverbände.

ISSN 1611-3527

Perspektiven für Langzeitarbeitslose

Bei einem „Workshop Sozialfirmen“ werden die Konturen eines sozialen Arbeitsmarktes in NRW sichtbar

Schon 2011 hatte der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Guntram Schneider die Schaffung eines „sozialen Arbeitsmarktes“ angekündigt, um Langzeitarbeitslosen mit schweren Vermittlungshemmnissen eine Chance auf Arbeit zu bieten (s. Caritas in NRW 3/2011). Jetzt plant die neue Landesregierung für die Jahre 2013 bis 2015 ein Modellprojekt für NRW. Bei einem „Workshop Sozialfirmen“ der Caritas in NRW diskutierten die Fachleute über die Eckpunkte des Konzepts.

Längst werden die Auswirkungen der sogenannten arbeitsmarktpolitischen Instrumentenreform der Bundesregierung schmerzhaft spürbar. Öffentlich finanzierte Beschäftigungsmaßnahmen werden drastisch zurückgefahren. „Arbeits- und Beschäftigungsprojekte stehen vor dem Aus“, sagt Heinrich Westerbarkey vom Diözesan-Caritasverband Paderborn. Vielen Langzeitarbeitslosen wird damit die letzte Chance genommen, je wieder auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Betroffen sind in NRW bis zu 100000 Menschen. Die massiven Kürzungen der Eingliederungsleistungen bedeuten für viele Menschen, dass sie keine Möglichkeit für eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben mehr haben.

„Diese Kürzungen der Eingliederungstitel sind aus Landesmitteln nicht zu kompensieren“, sagt Martina Maaßen, arbeitspolitische Sprecherin der Bündnisgrünen in NRW. Öffentlich geförderte Beschäftigung ist innerhalb von zwei Jahren um 56 Prozent zurückgegangen, von 63 133 auf 27841 Personen. Aufgrund dieser Entwicklung „haben

langzeitarbeitslose Menschen mit Vermittlungshemmnissen in absehbarer Zukunft keine Chance auf dem Arbeitsmarkt“, sagt Martina Maaßen. Deswegen wolle die rot-grüne Koalition mit ihrem Modellprojekt die Integration von Langzeitarbeitslosen mit mehreren Vermittlungshemmnissen in öffentlich geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung vorantreiben.

Dieser soziale Arbeitsmarkt solle Bestandteil des allgemeinen Arbeitsmarktes sein: ein Paradigmenwechsel. Daher auch der Verzicht auf Kriterien wie Zusätzlichkeit, Gemeinnützigkeit und Wettbewerbsneutralität, um den sozialen Arbeitsmarkt auch für privatwirtschaftliche Firmen zu öffnen. Die Betroffenen sollen mit individuellen Hilfeplänen unterstützt werden. Arbeitgeber erhalten einen Zuschuss, um die geringere Leistungsfähigkeit ihrer neuen Mitarbeiter ausgleichen zu können.

Einen Teil wird das Land finanzieren, bedeutsam ist aber auch der Versuch, einen sogenannten „Passiv-Aktiv-Transfer“ herzustellen. Das bedeutet, dass die Jobcenter und die Kommunen die Gelder, die sie durch die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen einsparen, nicht im Haushalt vereinnahmen, sondern in diesen sozialen Arbeitsmarkt stecken, damit der überhaupt zu finanzieren ist. Getreu dem Motto: Besser Arbeit finanzieren als Arbeitslosigkeit bezahlen. „Dies würde langfristig auch zu einer Reduzierung der Folgekosten für Kommunen beitragen, soziale Prävention unterstützen und soziale Teilhabe ermöglichen“, sagt Westerbarkey. Schon lange fordert die Caritas einen solchen öffentlich geförderten sozial-integrativen Arbeitsmarkt. Jetzt könnte er wenigstens modellhaft erprobt werden. ◀

M.Lahrmann

Erziehungshilfe 2.0

Caritas-Projekt zur Fachkräftegewinnung in der Erziehungshilfe

Mit Hilfe von Facebook, Twitter & Co. haben die fünf Diözesan-Caritasverbände in NRW gemeinsam das Projekt „Erziehungshilfe 2.0 macht Spaß!“ gestartet. Es zielt auf die Fachkräftegewinnung für die Berufe der Erziehungshilfe, in denen schon heute ein Fachkräftemangel herrscht, der sich in den kommenden Jahren verschärfen dürfte.

Die Verbände wollen junge Frauen und Männer für die Berufe der Erziehungshilfe gewinnen, zum Beispiel Erzieher und Sozialpädagogen. Denn seitens der Führungskräfte in Kinderheimen und Beratungsstellen werden gerade junge Menschen mit vielfältigen sozialen und kulturellen Hintergründen oft nicht als künftige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gesehen. Um dies zu ändern, setzen die fünf Verbände auf „Social Media“, um junge Menschen mit Informationen zu erreichen.

Neben dem Aufbau eines Internetauftritts, der über erzieherische Berufe und konkrete Stellenangebote informieren soll, werden in dem Projekt Netzwerke mit Bildungseinrichtungen, Schulen und Hochschulen aufgebaut, um mit den Ausbildungsstätten gemeinsam die Attraktivität erzieherischer Berufe zu steigern. Darüber hinaus wird die Schulung von Führungskräften der Caritas-Erziehungshilfe in NRW gefördert.

Das Projekt erhält neben Mitteln des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales auch Gelder aus dem Europäischen Sozialfonds. Damit ist es ein Beispiel für die erfolgreiche Arbeit der EU-Fördermittelberatung der Caritas in NRW.

Kontakt: Sarah Scholl, Tel: 0201/81028-158, sarah.scholl@caritas-essen.de. ◀

Caritas in NRW bei Facebook

Die sozialen Medien boomen. Vieles muss erst einmal erprobt werden. Auch die Caritas ist aktiv bei Facebook.

Besuchen (und „ liken“) Sie uns doch einmal unter

- ▶ Caritas in NRW (Zeitschrift)
- ▶ Caritas im Ruhrbistum
- ▶ Caritas im Erzbistum Köln

Preis für Arbeitslosentheater

Berlin/Aachen – Strahlende Gesichter bei der Diözesan-Arbeitsgemeinschaft „Integration durch Arbeit (IDA)“ im Bistum Aachen. Ihr Theater-Projekt „Hartz-IV-TV – Die Jensen-Show“ erhielt den Integrationspreis 2012 der Bundes-IDA, weil es – so die Jury – „den Gedanken der kulturellen Teilhabe der Betroffenen mit der politischen Botschaft der BAG IDA vereint“. Das Stück berichtet in biografischen und literarischen Elementen vom Leben mit dem Stigma der Langzeitarbeitslosigkeit. Der Preis ist mit 750 Euro dotiert. ◀

Koalitionsvertrag bewertet

Münster – Viele gute Ansätze, aber Probleme im Detail sieht die Caritas in der Diözese Münster im Koalitionsvertrag der neuen NRW-Landesregierung. Diözesan-Caritasdirektor Heinz-Josef Kessmann nutzte die Delegiertenversammlung des Verbandes für eine Bewertung. Mit dem Ziel, Zukunft und Gerechtigkeit durch Bildung zu stärken, stimme die Caritas völlig überein. Aber statt über ein zweites beitragsfreies Kindergartenjahr nachzudenken und dieses unter einen Finanzierungsvorbehalt zu stellen, „wäre ein Qualitätsvorbehalt besser“. Nach Ansicht Kessmanns sollte stattdessen in mehr und höher qualifizierte Mitarbeiter in den Tageseinrichtungen investiert werden. Auch mit dem von der Landesregierung formulierten Ziel der Inklusion behinderter Menschen zeigte sich Kessmann einverstanden. Allerdings fehle eine Beschreibung der

Rahmenbedingungen. Die Caritas werde darauf achten müssen, dass mit der Umsetzung keine Verschlechterungen des Standards einhergingen. Zu begrüßen sei die Absicht, Programme für Langzeitarbeitslose auflegen zu wollen. Allerdings bezweifelte Kessmann, dass „NRW auf Dauer gegen die Bundesebene anarbeiten kann“, die in jüngerer Vergangenheit die Fördermaßnahmen abgebaut habe. ◀

Verschuldung im Alter wächst

Köln – Vor wachsender Altersarmut hat der Diözesan-Caritasverband Köln gewarnt. Schon jetzt wenden sich immer mehr ältere Menschen wegen finanzieller und persönlicher Probleme an die Schuldnerberatungsstellen der Caritas. „Neben der wichtigen Unterstützung und Vorsorge bei Kindern und Jugendlichen ist die Beratung älterer Menschen ebenso drängend“, sagte der Kölner Di-

özesan-Caritasdirektor Frank J. Hensel. Niedrige Löhne, sinkendes Rentenniveau, Lücken in der gesetzlichen Rentenversicherung und eine unzureichende Grundsicherung im Alter seien strukturelle Ursachen für die steigende Altersarmut. „Deshalb brauchen wir dringend beschäftigungs-, sozial- und rentenpolitische Strukturreformen“, mahnte Hensel. Gleichzeitig forderte er mehr finanzielle Ressourcen für die Schuldnerberatungsstellen, um dem erhöhten Bedarf von älteren Menschen nach Beratung und Prävention gerecht zu werden. Viele Ältere müssten im Rahmen einer Wirtschafts- und Budgetberatung erst lernen, mit den niedrigen Rentenzahlungen zurechtzukommen. Auch bräuchten die Schuldnerberater mehr Möglichkeiten, um ältere Überschuldete auch zu Hause beraten zu können. ◀

Zeitschrift „Caritas in NRW“ 4/2012 mit Schwerpunkt-Thema „Verschuldung“. Erscheint Anfang Oktober!

Hüppe: Inklusion ist Menschenrecht

Bundes-Behindertenbeauftragter besucht die Caritas-Werkstatträte

Zu ihrem zehnjährigen Bestehen hatte die Landesarbeitsgemeinschaft der Caritas-Werkstatträte in NRW den Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Menschen mit Behinderung, Hubert Hüppe (CDU), eingeladen. Viele Fragen zu Entwicklungen in der Behinderten- und Sozialhilfe sowie deren Zielsetzungen stellen sich derzeit den Werkstatträten.

So ist die UN-Charta Inklusion mit möglichen Auswirkungen auf die Werkstätten für behinderte Menschen und die darin tätigen Personen ein wichtiges Thema. Hüppe bezeichnete die Inklusion als ein Menschenrecht auf Teilhabe und Integration. Jeder Mensch habe Anspruch, so angenommen zu werden, wie er sei, und jeden Menschen müsse man so mitmachen lassen, wie er es könne. Besonders bei kirchlichen Trägern von Behinderteneinrichtungen sieht Hüppe eine besondere Verpflichtung allein schon im Hinblick auf die Wahrung der Würde des Menschen. Inklusion (abgeleitet von

included) bedeute, da zu wohnen, wo alle wohnen; da zu lernen, wo alle lernen, und da zu arbeiten, wo alle arbeiten würden. In den Werkstätten für behinderte Menschen müsse die Inklusion die Wahlfreiheit für Menschen mit Behinderung stärken. Das könne beispielsweise mit dem Persönlichen Budget geschehen, um so eine Tätigkeit auf dem ersten Arbeitsmarkt unterstützt zu bekommen. Die Werkstätten selbst seien durch vermehrte Vermittlungen auf den ersten Arbeitsmarkt keinesfalls gefährdet. Denn jährlich benötige man bundesweit 7000 zusätzliche Werkstattpätze.

Hüppe nahm auch Stellung zu Fragen zum Bundesteilhabegeld sowie zur Werkstätten-Mitwirkungsverordnung mit den von Werkstatträten angestrebten Änderungen. Besonders wichtig ist ihm der Anspruch auf Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit schwerstmehrfacher Behinderung. Dies werde in NRW als einzigem Bundesland praktiziert. Ermöglicht werde das auch

durch die Haltung der überwiegenden Mehrheit der Werkstattbeschäftigten, diesen Personenkreis nicht auszugenzen.

In NRW gibt es 104 Caritas-Werkstätten. In ihnen sind rund 17500 Menschen mit Behinderung beschäftigt. ◀ *Werner Heer*



*Ist gern gesehener Gast bei den Konferenzen von Menschen mit Behinderungen, weil er sie ernst nimmt und sich engagiert für sie einsetzt: der Behindertenbeauftragte Hubert Hüppe
Foto: Seggewisse*

NRW bekämpft Energiearmut

Neue Initiative von Landesregierung, Caritas und Verbraucherzentrale zur Vermeidung von Energiesperren

Ein Leben ohne Elektroherd, Kühlschrank, Licht und warmes Wasser – für die Menschen in 120000 Haushalten in NRW war das im Jahr 2010 Alltag. Steigende Energiepreise belasten viele einkommensschwache Privathaushalte schwer. Wer die Raten nicht zahlen kann, dem droht eine Stromsperre. Mit einer gemeinsamen Initiative wollen Landesregierung, Verbraucherzentrale und die Caritas in NRW ein neues Beratungs- und Informationsangebot für Verbraucher mit Energieschulden etablieren.

Die Idee basiert auf dem „Stromspar-Check“ der Caritas, an dem seit 2009 bundesweit mehr als 75000 Bezieher von Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe oder Wohngeld teilnahmen.

Fast drei Viertel der in Nordrhein-Westfalen ansässigen Energieunternehmen melden wachsende Probleme rund um Energieschulden. Energiesperren verschärfen die finanzielle Not der betroffenen Privathaushalte: Mahnungen und die Wiederherstellung der Energiezufuhr treiben die Kosten weiter hoch. „In diesen Notlagen bedarf es kompetenter Beratung für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Beispielsweise bei der Erarbeitung eines Zahlungsplans mit dem Energiedienstleister oder durch die Übernahme der Energieschulden im Wege eines Darlehens durch das Jobcenter oder das Sozialamt“, sagte NRW-Verbrauchermi- nister Johannes Remmel (Grüne) bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Caritas und Verbraucherzentrale. Das Verbraucherschutz- und Umweltministerium will in der zweiten Jahreshälfte 2012 für Ener-

gieschuldner ein Landesprojekt auf den Weg bringen: Beratungen zur Existenzsicherung und Beratungen zum Energiesparen sollen konkrete Hilfe bieten.

Voraussichtlich ab Oktober 2012 will die Verbraucherzentrale (VZ) NRW unter Beteiligung kommunaler Energieversorger zunächst an fünf Standorten Netzwerke und Budgetberatungsangebote zum Umgang mit Energieschulden aufbauen. Weitere drei Standorte sollen im Jahr 2013 folgen.

Bei der aufsuchenden Energiespar-Beratung soll vor allem auf die Erfahrungen und Kompetenzen der Caritas und der Energieagenturen zurückgegriffen werden. Grundidee der Aktion „Stromspar-Check“ ist, dass Stromsparhelfer einkommensschwache Haushalte beraten, deren Nöte, Ängste und Befürchtungen sie aus eigener Anschauung gut kennen. Gleiche Augenhöhe ist ein wichtiges Anliegen im Projektkonzept. „Leider sind uns durch die Bundesregierung seit der sogenannten ‚Instrumentenreform‘ mit den massiven Kürzungen bei den Hilfen zur Eingliederung in Arbeit wesentliche Möglichkeiten genommen, um Langzeitarbeitslose als Stromsparhelfer zu qualifizieren und zu

Das Projekt „NRW bekämpft Energiearmut“ soll voraussichtlich bis Ende 2015 laufen. Das Verbraucherschutzministerium stellt in dieser Zeit allein für die Budget- und Rechtsberatung Finanzmittel in Höhe von bis zu 1,5 Millionen Euro zur Verfügung.

beschäftigen“, klagte der Kölner Diözesan-Caritasdirektor Dr. Frank Johannes Hensel. Die Caritas sei deshalb dringend auf den guten Willen und die Unterstützung der Jobcenter angewiesen, die die Stromsparhelfer durch Beschäftigungszuschüsse fördern könnten, damit diese gute und wichtige Arbeit fortgesetzt werden könne, betonte Hensel. Er wies darauf hin, dass es in NRW seit der „Instrumentenreform“ nach wie vor rund 80000 Langzeitarbeitslose gibt.

Jeder Haushalt, der am Stromspar-Check der Caritas teilgenommen hat, spart seitdem durchschnittlich 133 Euro an Energie- und Wasserkosten pro Jahr. Langfristig werden mit jedem einzelnen Check außerdem rund zwei Tonnen Kohlendioxid vermieden.

Es gebe also erprobte Konzepte, „um bezahlbaren Strom für einkommensarme Haushalte sicherzustellen“, betonte Hensel. Sozialtarife seien aus ökologischen und sozialpolitischen Gründen „kein so guter Weg“. Informationen zum energiesparenden Verhalten für einkommensarme Haushalte seien wichtig und ein notwendiger Anfang. Es müsse aber auch das Problem der schlechten Bausubstanz und der veralteten Elektrogeräte in einkommensarmen Haushalten mit angegangen werden, unterstrich der Diözesan-Caritasdirektor. ◀ M. L.

Impressum

Caritas in NRW – AKTUELL

Lindenstraße 178, 40233 Düsseldorf,
Tel.: 02 11/51 60 66 20, Fax: 02 11/51 60 66 25,
E-Mail: redaktion@caritas-nrw.de,
Web: www.caritas-nrw.de

Herausgeber:

Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln,
Münster und Paderborn, vertreten durch Diöze-
san-Caritasdirektor Andreas Meiwes, Essen.

Chefredakteur: Markus Lahrmann

Abo-Fragen: Kevin Jandrey

Tel.: 02 11/51 60 66 20,

E-Mail: vertrieb@caritas-nrw.de

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn

Anzeigenverwaltung: Bonifatius GmbH
Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn,
Karl Wegener, Tel.: 0 52 51/1 53-2 20, E-Mail:

karl.wegener@bonifatius.de

ISSN 1611-3527

Den Anstoß zu einer Kooperation von Caritas, Umweltministerium und Verbraucherzentrale gab eine Fachtagung der Caritas in NRW, auf der sich auch die Initiative Stromspar-Check der Düsseldorfer Caritas erfolgreich präsentierte.

Foto: Lahrmann



Soziale Dienste vermitteln christliche Botschaft

Erzbischof Zollitsch würdigt 100 Jahre „Katholischer Verband für soziale Dienste in Deutschland“ (SKM)

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch, hat den Katholischen Verband für soziale Dienste in Deutschland (SKM) gewürdigt: „Er hat ein festes Fundament in der christlichen Botschaft. Er ist in der Lage, die Zeichen der Zeit zu erkennen und sich den aktuellen Herausforderungen im sozialen Bereich anzupassen“, sagte Zollitsch beim Festgottesdienst zum 100-jährigen Jubiläum des Verbands in Köln.

Zollitsch dankte Haupt- und Ehrenamtlichen im SKM für ihren Einsatz: „Sie dürfen zum Segen für andere werden!“ Wer sich anderer Menschen annehme und Not lindere oder heile, zeige etwas von der Barmherzigkeit und der Zuwendung Gottes. „Es gibt keine größere Tat in dieser Welt und keine größere Auszeichnung, als Gottes Liebe weiterzugeben“, so Zollitsch.

Dem SKM sei es in den vergangenen Jahren gut gelungen, sensibel die neuen sozialen Problemlagen zu erkennen und aktiv darauf zu reagieren: „Es wird darauf ankommen, dass der SKM auch weiterhin ein waches Gespür für die Sorgen und Nöte der Menschen hat, die durch die Maschen der Sozialpolitik fallen und für die es noch keine Regelleistungen gibt.“ Der SKM sei nicht „einfach die Verlängerung der staatlichen Hilfe, wo diese an ein Ende kommt. Sie leisten Ihren Dienst, weil Sie vom christlichen Glauben getragen sind“, so Zollitsch.

Erzbischof Zollitsch ermutigte den SKM, nach neuen Modellen der konstruktiven Zusammenarbeit zwischen ehrenamtlichem und hauptamtlichem Engagement zu suchen. „Sie müssen sich in einem zunehmend säkularen Umfeld behaupten und stehen vor vergleichbaren Herausforderungen bei der Gewinnung neuer Ehrenamtlicher für die unterschiedlichen Aufgaben in Ihren Gremien und im Mühen um die Finanzierung Ihres sozialen Dienstes. ... Wer sich frühzeitig auf stärkere Vernetzungen, Kooperationen oder auch Vereinigungen mit ähn-

lich ausgerichteten Verbänden einlässt, der betreibt Zukunftssicherung. ... Mit Gottes Kraft und der Bereitschaft der Verantwortlichen im SKM, Identität und notwendigen Wandel gleichermaßen im Blick zu behalten, wird der SKM auch in Zukunft das soziale Gesicht unserer Kirche mitbestimmen“, sagte Zollitsch.

Neuer Vorstand gewählt

An der Spitze des SKM – Katholischer Verband für soziale Dienste in Deutschland stehen jetzt auf Bundesebene fünf Vertreter aus Nordrhein-Westfalen. Auf der Delegiertenversammlung in Köln, die mit der Feier des 100-jährigen Bestehens verbunden war, wurde Ludger Urbic aus Duisburg als Vorsitzender und Ludger Overmeyer aus Ibbenbüren als sein Stellvertreter in den neuen Vorstand gewählt.

Bereits im April hatte Stephan Buttgerit sein Amt als neuer Bundesgeschäftsführer angetreten. Der gebürtige Halterner hatte zuvor den SKM in Münster geleitet.

Zu Beisitzern wurden Pfarrer Frank Müller (Köln) und Wolfgang Scheiblich (Köln) gewählt. Offiziell verabschiedet wurde der langjährige Generalsekretär des SKM-Bundesverbandes, Rolf Lodde, der bereits Ende März in den Ruhestand getreten war. Für seine Verdienste verlieh ihm Prälat Peter Neher, Präsident des Deutschen Caritasverbandes, die höchste Auszeichnung des Deutschen Caritasverbandes, den Brotteller. ◀



Nach der Wahl präsentierte sich der neue Vorstand des SKM: Wolfgang Humpfer, Franz-Robert Herbst, Ludger Overmeyer, Ludger Urbic (Vorsitzender), Stephan Buttgerit (Generalsekretär), Pfarrer Frank Müller, Michael Strob und Wolfgang Scheiblich (v. l. n. r.).

Foto: Flötotto

Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen

Die Caritas in NRW übt massive Kritik am Asylbewerberleistungsgesetz und fordert die Anhebung der Grundleistungen für Asylbewerber und Flüchtlinge. „Das Asylbewerberleistungsgesetz darf so nicht fortbestehen“, forderte der Kölner Diözesan-Caritasdirektor Frank J. Hensel anlässlich der Überprüfung des Gesetzes durch das Bundesverfassungsgericht.

„Es ist beschämend, dass die Leistungen seit 1993 nie angehoben wurden“, kritisierte Hensel. Damals lagen die Sätze um 20 Prozent unterhalb des Sozialhilfeniveaus; durch die Preissteigerung in fast 20 Jahren sind es heute 38 Prozent weniger als Hartz IV. „Dass Flüchtlingskinder im Einschulungsalter sogar nur die Hälfte der Leistungen erhalten wie Gleichaltrige in Familien mit ALG-II-Bezug, ist zynisch und unseres Sozialstaats unwürdig. Es ist kaum vorstellbar, dass das Bundesverfassungsgericht das nicht endlich und deutlich korrigiert“, sagte Hensel.

Der Münsteraner Diözesan-Caritasdirektor Heinz-Josef Kessmann sagte, Arbeitslosengeld II gelte zu Recht als Existenzminimum. Noch weniger dürfe es nicht geben – auch nicht für Flüchtlinge. Auch andere Regelungen im Gesetz, die vom Bundesverfassungsgericht derzeit nicht behandelt werden, sind der Caritas ein Dorn im Auge. So ist die medizinische Versorgung von Asylbewerbern auf die Behandlung akuter Erkrankungen beschränkt, und das, obwohl der Gesetzgeber die Dauer des Bezugs von Leistungen von zunächst einem auf vier Jahre ausgedehnt hat. „Die ursprüngliche Begründung für die eingeschränkte medizinische Versorgung, die kurze Dauer des Aufenthalts der Betroffenen, greift nicht mehr“, sagte Heribert Krane vom Diözesan-Caritasverband Paderborn. Welche Folgen diese Regelung hat, sieht Ralf Plogmann vom Caritasverband für den Kreis Unna täglich vor Ort. „Kindern mit Zahnfehlstellungen werden die Zahnschienen verweigert. Traumatisierte Kriegsflüchtlinge erhalten keine Behandlung.“ Entscheidungen fallen zudem nicht einheitlich aus: „Jedes Sozialamt macht das, was es für richtig hält“, kritisierte Plogmann. Der Deutsche Caritasverband (DCV) fordert seit Jahren die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes. ◀

Smiley Kids – ein Konzept verbreitet sich weltweit

Smiley Kids – lächelnde Kinder: So nennt sich ein Konzept der Arbeit mit Kindern von suchtkranken Eltern. Entwickelt in Altenhündem im Sauerland, wird die einfache, aber effektive Arbeit dort bereits seit 15 Jahren gemacht. Und inzwischen findet sie weltweit Nachahmer.

Wenn der Vater trinkt oder die Mutter regelmäßig zur Flasche greift – dann trifft es immer auch die Kinder. Reden ist wichtig, aber mit wem? Smiley Kids basiert auf Gruppenarbeit, wobei sich die Kinder öffnen können und stärker werden im Umgang mit den Eltern, aber auch in Schule und Nachbarschaft. Nachdem erste Gruppen auch in der Ukraine aufgebaut wurden, stellte Christa Fölting, Vizepräsidentin der Caritas-Konferenzen Deutschlands, das Konzept auf der Vollversammlung der Association Internationale des Charités (AIC) vor über 300 Delegierten aus aller Welt vor. Inzwischen wollen Interessenten aus Mexiko und Kolumbien diese Arbeit aufgreifen. Alle Gruppen, die weltweit nach diesem Konzept arbeiten, werden den Namen Smiley Kids tragen. ◀
Infos unter www.smiley-kids.de

Ein voller Erfolg

Paddy Kellys Benefiz-Tour für Caritas international

In Münster hat Paddy Kelly seine Konzerttournee gegen den spirituellen und existenziellen Hunger in der Welt beendet. Neben neuen spirituellen Liedern bot er seinen Zuhörern bekannte Hits der Kelly Family an. Seine „AGAPE“-Tour hatte ihn zuvor auch zu ausverkauften Kirchen in Düsseldorf und Paderborn geführt. Von jeder Eintrittskarte fließen zehn Euro an Hilfsprojekte von Caritas international in Äthiopien.

„Wenn ich nur daran denke, dass alle vier Sekunden ein Mensch an Hunger stirbt, und das, obwohl es eigentlich genügend Nahrungsmittel für alle gibt, dann entsteht bei mir ein innerer Drang, mich zu engagieren“, erklärt Paddy sein Engagement. Begleitet von Stern TV, hatte er im März die Hilfsprojekte vor Ort in Äthiopien besucht. Paddy zeigte sich in Äthiopien beeindruckt, mit welch bescheidenen Mitteln Großes bewirkt werden kann. 8.000 Euro kostet der Bau eines Rückhaltebeckens, mit dem die umliegende Bevölkerung in Trockenzeiten

bis zu sechs Monate lang mit Wasser versorgt werden kann. Vielen Menschen haben diese vergleichsweise einfachen Konstruktionen im vergangenen Sommer das Leben gerettet. Mit gerade einmal zehn Euro kann eine Familie für ein Jahr mit Saatgut ausgestattet werden. ◀

